

Herr Unterguggenberger und das liebe Geld

oder: Wie eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus aussehen könnte

Einleitung

Michael Unterguggenberger war ein spannender Mann: Geboren im Jahr 1884 in Hopfgarten (Tirol) begann er nach seiner Schulzeit zunächst Sägewerks-Hilfsarbeiter zu arbeiten. 1905 erhielt er eine Anstellung bei der Bahn als Lokomotivführer, später Revident und Maschinenmeister. Seine politische Karriere begann 1912 mit dem Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. 1919 wurde er Gemeinderat von Wörgl und bereits 1920 Vizebürgermeister. 1931 wurde er Bürgermeister. Bekannt wurde er einer größeren Öffentlichkeit durch das „Experiment von Wörgl“. Manche reden vom „Wunder von Wörgl“. (Mittlerweile gibt es dazu schon einen Spielfilm; u.a. mit Karl Markovics.)

Was passierte Anfang der 1930er Jahre in Wörgl? Als Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 war die Wirtschaftslage in ganz Österreich und der Welt geprägt von Deflation und Arbeitslosigkeit. Die in Umlauf befindliche, an die Goldreserven gebundene Geldmenge verkleinerte sich zusehends. Vor diesem Hintergrund arbeitete Michael Unterguggenberger ein Nothilfe-Programm aus. Er brachte „Arbeitswertscheine“ als Komplementärwährung für die Region Wörgl in Umlauf. (Ideenlieferant war die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells.) Am 8. Juli 1932 wurde das Geldexperiment vom Wörgler Gemeinderat einstimmig angenommen. Das Nothilfe-Programm wirkte. Wachsende Bautätigkeit und Konsumfreude ließ bis 1933 die Arbeitslosenzahl in der Region um ein Viertel sinken, während sie sonst in Österreich weiter stieg. Das Experiment fand weltweite Beachtung. Im September 1933 wurde es jedoch per Gerichtsbeschluss auf Betreiben der Oesterreichischen Nationalbank AG beendet. Es durfte neben dem offiziellen Geld kein inoffizielles Geld geben.

Das Verbot aller Linksparteien nach den Februarkämpfen 1934 bedeuteten auch das Ende der politischen Karriere noch Michael Unterguggenberger. 1936 starb er an einer Lungenkrankheit.

Grundfunktionen des Geldes

Um zu verstehen, was in Wörgl Anfang der 1930er Jahre passierte, ist es wichtig, sich die Grundfunktionen von Geld in Erinnerung zu rufen.

- **Tauschmittel:** Geld ist zuallererst einmal ein Tauschmittel. Für ein Tauschmittel ist es wichtig, dass es selbst nicht an Wert zulegt oder verliert, sondern den Tausch von unterschiedlichen Waren und Dienstleistungen ermöglicht.
- **Wertmesser:** Wenn Geld seine Funktion als Tauschmittel gut erfüllt und es selbst im Wert einigermaßen konstant bleibt, eignet es sich auch als Wertmesser. Güter und Dienstleistungen können in Werteinheiten des Geldes gemessen werden.
- **Wertsteigerungsmittel:** Kritisch wird es, wenn Geld ein Wertsteigerungsmittel wird. Doch das ist – per definitionem – in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Fall. (Karl Marx hat diesen Zusammenhang als: $G-W-G'$ beschrieben; sprich: Aus Geld wird Ware wird „mehr Geld“ und so weiter.)

Natürlich wachsen im Kapitalismus nicht die Münzen oder Banknoten. Doch, was viel wichtiger ist: Geld wächst in den Buchhaltungen der Banken, Unternehmen und Betriebe. Investiertes Geld muss eine Rendite (Kapitalrendite, interner Zinssatz) abwerfen. Aus Geld wird Kapital. (Dies durchschnittliche Kapitalrendite liegt sehr beständig bei 5 Prozent (real!). Das hat Thomas Piketty (2014) für einen Zeitraum von 300 (!) Jahre berechnet.)

Nun ist mir gleich an dieser Stelle wichtig, zu sagen: Die Wertsteigerung von Geld ist nicht die Machenschaft von bösen Mächten oder von „den Reichen“. Nein, es ist die zwangsläufige Logik unseres Geldsystems: Wenn die Kapitalrendite nicht bezahlt werden, reagiert Geld mit Rückzug. Und weil es in einer arbeitsteiligen, kapitalistischen Wirtschaftsform unmöglich ist, ohne Geld zu wirtschaften, muss die Wirtschaft so organisiert werden, dass die Kapitalrendite erwirtschaftet wird.

Das Wachstum des Geldes muss irgendwo erwirtschaftet werden. Geld muss in der Realwirtschaft produktiv eingesetzt werden, sodass am Ende jedenfalls diese 5 Prozent an Kapitalrendite an die Kapitalistin¹ abgeliefert werden können. Das bedeutet freilich, dass mit der Erkrankung des Geldes auch die Realwirtschaft krank wurde. Das kranke Geld hat die Realwirtschaft (und in der Folge dann die Finanzwirtschaft) angesteckt. Seither ist das gesamte Wirtschaftssystem krank. Die wichtigsten Folgen sind:

- Die Wirtschaft muss ständig wachsen, um die Kapitalrendite zu erwirtschaften (zentrale Ursache für die ökologische Krise).
- Es findet eine ungeheure Umverteilung von Konsumentinnen, die die Rendite in den Preisen aller Waren und Dienstleistungen mitzahlen, zu den Vermögenden statt (zentrale Ursache für die soziale Krise).
- Je mehr sich das Geldsystem ausbreitet, umso größer wird der Druck, dass alle Menschen, die in diesem System überleben wollen, sich der Logik des kranken Geldes anpassen müssen (zentrale Ursache für die psychische Krise; Stichwort: Entfremdung.)

Ich sage nun: Wenn Geld ständig wächst, dann ist Geld krank. Es kann einige Zeit schon alle drei Funktionen erfüllen: Tauschmittel, Wertmaßstab und Wertvermehrungsmittel. Aber langfristig geht das nicht gut. Irgendwann muss dieses Wachstum zwangsläufig zu einem Ende kommen. (Auf die Frage, wie das nun organisiert werden kann, dass Geld nicht wächst und trotzdem von den Geld-Besitzerinnen zur Verfügung gestellt wird, hat Unterguggenberger eine Antwort gefunden.)

Was Michael Unterguggenberger verstanden hat

Nun sind die Zusammenhänge nicht so einfach zu durchschauen, aber übermäßig kompliziert sind sie auch nicht. Jedenfalls scheint Michael Unterguggenberger folgenden Zusammenhang verstanden zu haben:

- Wenn Geld jährlich um diese 5 Prozent wächst, dann hat auch eine Kapitalistin typischerweise einen Erwartungswert für die Kapitalvermehrung von 5 Prozent. – Damit sie tatsächlich auf diese 5 Prozent kommt, muss sie typischerweise mehr verlangen, weil ja immer ein Risiko gegeben ist, dass die Schuldnerin das Kapital nicht zurückzahlen kann. Natürlich variiert dieses Risiko von Schuldnerin zu Schuldnerin. Bei guten, seriösen Schuldnerinnen, die vielleicht auch noch Sicherheiten vorweisen können, wird das Risiko gering sein, bei schlechten Schuldnerinnen wird es größer sein. Jede Kapitalistin kann sich freilich gegen den Risikoausfall versichern, aber auch die Versicherung kostet Geld. Nehmen wir für den Moment einmal an, dass der durchschnittliche Risikoaufschlag (Versicherungsprämie) 2 Prozent beträgt.² Also wird die typische Kapitalistin 7 Prozent Zinsen verlangen. (5 Prozent Rendite + 2 Prozent Versicherungsprämie)
- Die typische Schuldnerin ist eine Unternehmerin. (Der Großteil der Schulden wird von Unternehmen, Banken und Staaten gemacht.) Also muss unsere Kapitalistin eine Unternehmerin finden, die davon überzeugt ist, dass sie – nach Abzug von Löhnen, Materialkosten, Abschreibung und Unternehmenslohn - in ihrem Unternehmen das eingesetzte Kapital um mindestens 7 Prozent vermehren kann. Das lässt sich machen, wenn die Wirtschaft floriert. *(Freilich können die Unternehmerin und die Kapitalistin die gleiche physische Person sein. Doch für unser Gedankenmodell sind diese Rollen feinsäuberlich zu trennen.)*
- Wenn unsere Unternehmerin mehr als 7 Prozent Kapitalrendite erwirtschaftet, wird das ihren Unternehmensgewinn vermehren, was sie freuen wird. Wenn sie diesen Gewinn investiert, so kann sie das natürlich tun. Sie wechselt dabei freilich ihre Rolle: von der Unternehmerin zur Kapitalistin. Investieren ist Sache der Kapitalistinnen.

¹ Ich verwende die weibliche Form. Männer sind freilich immer mitgemeint.

² *Die Details zwischen dem eigenen Risikotragen und dem Übertragen des Risikos an eine Versicherung lasse ich hier beiseite. Der Unterschied liegt in der sogenannten Risikoaversität.*

- Angenommen: Wir haben nun eine Krise in der Realwirtschaft (wie zum Beispiel in der Weltwirtschaftskrise, in der unser Herr Unterguggenberger gelebt hat). Dann erwarten die Unternehmerinnen typischerweise, dass sie das investierte Kapital bei allen Anstrengungen um einen geringeren Prozentsatz vermehren können. Sagen wir beispielsweise nur noch um 3 Prozent mehr (statt bisher mindestens 7 Prozent).
- Die Kapitalistin kann dann überlegen, ob sie die 3 Prozent akzeptiert, weil sie – angenommener Weise – aufgrund der Wirtschaftskrise keine andere vertrauenswürdige Unternehmerin findet, die ihr mehr bietet. Wenn sie ihr Risiko auch noch einberechnet, bleibt ja nur noch ein Erwartungswert von 1 Prozent. (3 Prozent erwartete Kapitalrendite minus die 2 Prozent Versicherungsprämie, die vorerst noch stabil bleibt.).
- Die Alternative zum Verleihen wäre: Sie hält ihr Geld zurück. Voraussetzung dafür ist freilich, dass sie an die Wertstabilität des Geldes glaubt und sie keine alternativen Anlagemöglichkeiten hat, von denen sie erwartet, dass sie im Wert stabil bleiben (oder sogar steigen): Gold zum Beispiel oder Grund und Boden. (Diese Voraussetzungen waren in der Weltwirtschaftskrise von 1929ff offenbar gegeben.)
- Angenommen es gibt keine alternativen Anlageformen, die Gewinn versprechen: Dann wäre es in dem hier skizzierten Szenario nicht rational, das eigene Geld zurückzuhalten: Denn 1 Prozent ist immer noch besser als 0 Prozent.
- Nun ist jedoch davon auszugehen, dass in einer wirtschaftlichen Krisensituation das Risiko für unsere Kapitalistin steigt. Wenn viele Unternehmen in Konkurs gehen, steigt vermutlich die Angst bei Kapitalistinnen, dass sie ihr investiertes Geld nicht mehr (zur Gänze) zurückbekommen. Es steigt also die Versicherungsprämie; zum Beispiel von 2 auf 3 Prozent. Wenn das in unserem Beispiel der Fall ist, so beträgt der Erwartungswert für die Vermehrung des Kapitals 0 Prozent.
- Wenn der Erwartungswert der Kapitalvermehrung jedoch auf 0 Prozent oder noch weniger sinkt (wenn also die Versicherungsprämie größer als die erwartete Kapitalrendite ist), wird unsere Kapitalistin ihr Geld nicht mehr zur Verfügung stellen. Es wäre ja – bei Einberechnung des Risikos – ein Verlustgeschäft. Die Folge: Die Kapitalistin hält ihr Geld zurück.

Und das konnte Michael Unterguggenberger in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre beobachten: Geld wurde in großem Stil zurückgehalten. (Ökonomisch ausgedrückt: Die Umlaufgeschwindigkeit von Geld ist gesunken.) Die Folge war Deflation. Die gesamte, im Umlauf befindliche Geldmenge ist gesunken. Im umgekehrten Fall zur Inflation, wo die Preise aller Produkte mit der Zeit steigen (weil die Geldmenge steigt), fallen nun die Preise aller Produkte (bzw. der Wert von Geld steigt). Wenn das der Fall ist, dann bemerkt unsere Kapitalistin, dass sie mit dem Geldbetrag, den sie nun aufbewahrt, in einem Jahr mehr Produkte kaufen kann als heute. Geld wird mehr wert, wenn man es behält. Also besteht ein zusätzlicher Anreiz, Geld zurückzuhalten.

Wir gelangen dann in einen Teufelskreis

- Wenn wir eine Situation der Deflation haben, wird unsere Kapitalistin das in ihre Kalkulation miteinberechnen. Haben wir beispielsweise eine Deflation von 2 Prozent, so sind nun die 2 Prozent fürs Geld-Halten der neue Referenzwert: Es müsste also schon eine Unternehmerin geben, die für das erhaltene Kapital mehr die Summe von Deflation (2 Prozent in unserem Beispiel) und (gestiegener) Versicherungsprämie (3 Prozent in unserem Beispiel) zahlt. Sprich: Es wird immer teurer, Kapital auszuleihen. Die Folge ist: Viele Unternehmerinnen sperren zu. Die Arbeitslosigkeit steigt.
- Wenn wir in eine Situation der Deflation geraten, dann ist also der Anreiz, Geld zu verleihen noch geringer. Geld wird zurückgehalten. Das Zurückhalten von Geld erhöht die Deflation und vergrößert so nochmals den Anreiz Geld zurückzuhalten.
- Und dann haben wir den Salat. Geld, das eigentlich als Tauschmittel gedacht wird, steht nicht mehr in ausreichendem Maß als Tauschmittel zur Verfügung. Damit sinkt auch die Nachfrage nach Gütern, was die Arbeitslosigkeit vergrößert. Mit der sinkenden Nachfrage sinken auch die Gewinnmöglichkeiten für die Unternehmer. Sie werden weniger produzieren. Wir sind in einer Abwärtsspirale.

Die Zentralbanken hielten – nach der katastrophischen Erfahrung der Hyperinflation aus 1923ff - in den 1930er Jahren mit ihrer harten Geldpolitik die Fluchtmöglichkeit des Kapitals in die Finanzwirtschaft geschlossen. (Das ist der große Unterschied zu den 2000er Jahren. – Dazu noch Anhang 2)

Die Folgen waren also Deflation, Nachfragerückgang und Massenarbeitslosigkeit. Diesen Zusammenhang hat offenbar der Herr Unterguggenberger – auf Grundlage seines Studiums der Schriften von Silvio Gesell – verstanden. Seine Lösung war dann das, was ich als gesundes Geld bezeichnen möchte.

- Die Idee war, dass sich Geld (und damit alles was in Geld gemessen wird) mit der Zeit um einen ganz kleinen Prozentsatz entwertet. In Wörgl war es ein Prozent in jedem Monat, also in etwa 12 Prozent im Jahr. (In Wahrheit sind es aufgrund der exponentiellen Funktion geringfügig mehr als 12 Prozent. – Ich denke jedoch, dass 12 Prozent langfristig jedenfalls zu hoch sind (Genauerer dazu: siehe Anhang 1). Daher gehe ich im Weiteren davon aus, dass für die Geldentwertung ein halbes Prozent im Monat zu zahlen sind. Das wären dann zwar auch etwas mehr als 6 Prozent im Jahr. Doch für dieses Gedankenmodell gehe ich in der Folge vereinfachend von 6 Prozent Entwertung im Jahr aus.)
- Wenn eine solche Veränderung am Geldsystem durchgesetzt werden kann, ist die Situation für unsere Kapitalistin eine neue. Sie hat nun einen neuen Referenzwert: Verleiht sie ihr Geld nicht, so muss sie jedenfalls die 6 Prozent zahlen. Die Geldentwertung (Umlaufprämie) fällt ja jedenfalls an.
- Findet unsere Kapitalistin in dieser Situation nun eine Unternehmerin, die ihr anbietet, dass sie ihr ihr Geld nach einem Jahr in gleicher Höhe zurückgibt, so würde die Kapitalistin, von der wir annehmen, dass sie rational handelt, nun zustimmen. Denn sie würde zwar – wie bisher - ihre Versicherungsprämie von 3 Prozent abziehen. (Es kann ja immer noch sein, dass die Schuldnerin den Kredit nicht zurückzahlen kann.) Und selbst wenn sie die Deflation miteinkalkuliert, würde das ja bedeuten, dass zwar der Wert des Geldes um 2 Prozent steigt, auf dieses neue Geld nun aber 6 Prozent Entwertungsprämie zu zahlen ist. Wenn die Deflation bleibt, wären es also „nur“ 4 Prozent Verlust. Diese 4 Prozent Verlust (fürs Geldbehalten) sind aber immer noch mehr als die 3 Prozent Verlust (Versicherungsprämie – fürs Geldverleihen). Also ist es rational für unsere Kapitalistin, das Geld zu verleihen.
- Weil die gleiche Logik auch für alle Unternehmerinnen und Kapitalistinnen gilt, wird die Deflation rasch verschwinden. Es ist nicht mehr rational, Geld zu behalten, also steigt die Geldmenge (Ökonomisch: weil die Umlaufgeschwindigkeit steigt). Es steigt damit auch die gesamte Nachfrage. Das erwirtschaftete Geld wieder ausgegeben. Die Arbeitslosigkeit geht zurück.
- Genau das ist offenbar auch in Wörgl am Beginn der 1930er Jahre passiert. Das Experiment war so erfolgreich, dass viele andere Städte dieses Beispiel kopieren wollten.
- Eines ist mir noch wichtig zu sagen: Die Nachfrage würde freilich nicht unendlich steigen, denn die gesamte Geldmenge bleibt ja (im Gegensatz zu einer kapitalistischen Wirtschaft, wo die Geldmenge sukzessive ausgedehnt wird) konstant: Für alle ist monatlich eine Abgabe (Entwertung) zu zahlen. Diese fließt allerdings in die Kassen der Gemeinde. Die Gemeinde hat genauso einen Anreiz, das Geld nicht behalten, sondern für sinnvolle Investitionen oder Dienstleistungen auszugeben. Geld bleibt im Umlauf.
- Der Nachfrageschub ist nur am Anfang spürbar, weil Geld zurückgehalten wurde. Das wird – wie bei einem Bach, in dem sich eine Verklausung gebildet hat – wieder gelöst, sodass der Bach frei fließen kann. – Es kommt anfangs freilich mehr Wasser herunter, weil sich durch die Verklausung ein Rückstau gebildet hat. Langfristig fließt durch das Lösen der Verklausung aber natürlich nicht mehr Wasser den Bach herunter.
- Nebenbei passiert etwas Revolutionäres: Geld verliert seinen Zwang zu wachsen. (Im optimalen Fall ist das Wachstum des Geldes gleich groß wie die Entwertung. Das bedeutet für unsere Kapitalistin: Das Kapital bleibt im Wert konstant.) - Oder in meiner Diktion: Geld wird gesund.

Das Ende des Kapitalismus

Was ich nun nicht so ganz genau weiß, ist die Antwort auf die Frage, ob dem Herrn Unterguggenberger bewusst war, was dieses neue Geldsystem, das er da regional geschaffen hat, für revolutionäre Auswirkungen gehabt hätte. Ich weiß nicht, ob es ihm einfach darum gegangen ist, in guter sozialdemokratischer (keynsianischer) Manier die Nachfrage anzukurbeln, um die Wirtschaft wieder zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Oder war ihm bewusst, dass er mit der Veränderung im Geldsystem das erste Kapitel einer fundamentalen Veränderung im Zusammenleben der Menschen untereinander und mit der Natur geschrieben hat/hätte?: Das Ende des Kapitalismus!

Denn, was ist in unserem Beispiel in Wörgl passiert:

- Im Unterschied zur Inflation, wo die Geldmenge ständig steigt, bleibt in diesem Beispiel die Geldmenge grundsätzlich konstant: Alle Geldbesitzerinnen müssen für ihr Geld eine Abgabe zahlen. Das Geld geht ja nicht verloren, sondern – in diesem Fall – an die Gemeinde Wörgl, die das Geld ausgegeben hat. Und sie hat es tatsächlich nicht gehortet, sondern für diverse kommunale Projekte wieder ausgegeben.
- Wenn sich so ein System, wie es der Herr Unterguggenberger nun kurzfristig durchsetzt, dann wird sich mit der Zeit die Veränderung im Geld auch auf das Kreditgeschäft niederschlagen. Denn wenn ich als Kreditnehmerin (Unternehmerin) weiß, dass meine Kreditgeberin (Kapitalistin) 6 Prozent im Jahr verliert, wenn sie das Geld nicht verleiht, dann werde ich nicht mehr bereit sein, der Kreditgeberin sowohl diesen Abschlag als auch noch weitere Zinsen zu zahlen. Es wird vermutlich bei diesem Abschlag alleine bleiben, sodass die Kreditnehmerinnen im Endeffekt plus/minus bereit sein werden, die Abschläge (Liquiditätsprämie auf das Geld) zu übernehmen, aber nicht mehr. Geld wird nicht mehr von alleine mehr. Geld arbeitet nun nicht mehr! Es verschwindet das, was ich (in meinen beiden Büchern) als Reichtumsprämie (leistungslose Prämie für Reichtum) bezeichnet habe.
- Wenn sich so ein System durchsetzt, dann wird sich die Logik des (gesunden) Geldes rasch auf sämtliche Vermögensformen ausdehnen. Rationale Kapitalistinnen würden wieder Fluchtmöglichkeiten suchen und sie vorerst im Realvermögen finden. Anlagen wie Fabriken sind ja vorerst nicht betroffen. Dort kann ja noch immer eine Kapitalrendite (interner Zinssatz) berechnet werden. In einer funktionierenden Marktwirtschaft rechne ich allerdings damit, dass diese Kapitalrendite auf das Realvermögen rasch gegen Null sinkt, denn es gibt nun – anders wie zu Zeiten des kranken Geldes – nicht mehr die Chance, Realkapital in sich selbst vermehrendes Finanzkapital zu verwandeln; Verwandeln schon, aber mit der Rendite ist es vorbei.
- So wie ich glaube, dass sich am Beginn der kapitalistischen Entwicklung die Logik des wachsenden Geldes (Finanzkapital) auf das Realkapital (Anlagen, Produktionsmittel, etc.) übertragen hat, so glaube ich, dass sich die Logik des stabilen (gesunden) Geldes in rascher Zeit auch auf die Realwirtschaft übertragen wird. – In einer funktionierenden Marktwirtschaft ist davon auszugehen, dass die Unternehmerinnen, die die Kapitalrendite noch immer einberechnen, zu hohe Preise verlangen und sie vom Markt „gezwungen“ werden, darauf zu verzichten. Langfristig wird ein solches Verhalten vom Markt verschwinden.
- In der weiteren Folge werden alle Unternehmerinnen diese Logik in ihre Buchhaltung einfließen lassen. Sie werden keine Kapitalkosten mehr berechnen, denn sie erhalten nun auf den Kapitalmärkten Geld zum Nulltarif. Einzig die Versicherungsprämie ist noch immer zu zahlen, weil die Kapitalisten sich berechtigterweise gegen Konkurs des Schuldners absichern. (Und natürlich wäre auch die Abschreibung noch immer zu einzuberechnen.)
- Die faszinierende Folge wäre: Die Reichen können ihren Reichtum nicht mehr leistungslos vermehren!
- Die Folge ist also: Kapital wächst nicht mehr. Der Kapitalismus wäre abgeschafft.

Nun, das weiß ich nun wirklich nicht, ob das dem Herrn Unterguggenberger bewusst gewesen ist, was er mit seinem Experiment da „angestellt“ hätte. Ich weiß nicht, ob er gewusst hat, dass er damit den Kapitalismus zu Grabe trägt.

Ja, und wenn das so war, so ist doch auch verständlich, dass die Österreichische Nationalbank – als Vertreterin des Kapitalismus im Verein im dem kapitalistischen Staat, den Reichen und Mächtigen – eingreifen musste. Das geht doch nicht, dass ein kleiner Bürgermeister den Kapitalismus (in seiner Region) abschafft! Das geht doch nicht, dass da jemand den Kapitalistinnen ihre leistungslose Prämie (und damit das wichtigste Instrument ihrer Herrschaft) vorenthält!

Wenn das dem Herrn Unterguggenberger bewusst war, so war er genial. -Wenn es ihm nicht bewusst war, so war er auch genial.

Wir können wohl noch viel von ihm in Zukunft lernen.

Noch zwei nachträgliche Überlegungen

Anhang 1: Wie hoch soll diese regelmäßige Geldentwertung sein?

- Der Zielwert für das durchschnittliche Wachstum des Geldes sollte meines Erachtens also die Null sein. Geld soll sich nicht vermehren, sondern konstant bleiben. Wenn es derzeit also so ist, dass sich das zu Kapital geronnene Geld um ca. 5 Prozent im Jahr (in den Buchhaltungen) vermehrt, so müsste eine Geldentwertung vorgenommen werden, die genau diesen Zuwachs in den Händen der Kapitalistinnen wieder absaugt. Sie geht ja nicht verloren, sondern in die öffentlichen Kassen. Im Gegenzug kann man natürlich dann Steuern senken (oder öffentliche Leistungen erhöhen).
- Das zu erreichen ist aber nicht schwierig. In Zeiten der Digitalität sowieso nicht. Und was das Problem mit dem Bargeld angeht, kann man bei einem System bleiben, wo in einem bestimmten Rhythmus das Geld einen gewissen Prozentpunkt an Wert verliert. In Wörgl waren es 1 Prozent im Monat. Das mag in einer Krisensituation, wo sich schon ein großer Problemstau angesammelt hat, passend sein. Langfristig müsste es meines Erachtens so sein, dass die Geldentwertung gleich hoch wie die durchschnittliche Kapitalrendite für das Verleihen von Geld ist.
- Es kann also beispielsweise ein halbes Prozent im Monat sein. Es kann aber auch ein Prozent alle 64 oder 71 Tage sein; oder welcher Rhythmus sich dann auch immer ergibt. Zielwert müsste sein, dass das durchschnittliche Wachstum des Geldes Null ist.

Anhang 2: Ist expansive Geldpolitik nicht auch eine Lösung?

In der Wirtschaftskrise 2007/08 sind wir in eine ähnliche Situation wie in den 1930er Jahren gekommen. Die Renditen gingen nach unten, die Inflation ging auf ein äußerst niedriges Niveau. Doch der große Unterschied war und ist, dass die Zentralbanken anders reagiert haben. Anders als in den 1930er Jahren erhöhen die Zentralbanken heute die Geldmenge in riesigem Ausmaß. Wir sprechen von lockerer oder weicher Geldpolitik.

Diese Politik hat kurzfristig den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems verhindert. Langfristig muss das zu einer riesigen Blase auf den Märkten für alternative Anlagemöglichkeiten (Aktien, Immobilien) führen, die früher oder später einmal platzen MUSS. – Denn was passiert?

- Wie schon gesagt, halten die Kapitalistinnen ihr Geld zurück, wenn sie keine Veranlagungsmöglichkeiten, von denen sie erwarten, dass sie dort ihr Geld vermehren könnten.
- Wenn es nun aber eine Veranlagungsmöglichkeit gibt, die einen höheren Erwartungswert als das Geld-Halten hat, dann werden die Kapitalistinnen dorthin gehen. Wenn beispielsweise viele Akteurinnen erwarten, dass ein Gut (zum Beispiel eine Tulpenzwiebel (vgl. Niederlande 1637!)) in der nächsten Zeit im Preis steigen wird, dann werden sie ihr Geld veranlagen; vor allem dann wenn es in der Realwirtschaft keine erfolgversprechenden Alternativen gibt.
- Freilich ahnen die allermeisten Akteurinnen, dass das nur kurzfristig gut gehen kann. Das geht nur, wenn es einen ständig steigende Nachfrage nach diesem Gut gibt. Es muss ständig frisches Kapital in diese Märkte fließen. Diese ständig steigende Nachfrage hängt vom Glauben der

Marktteilnehmerinnen (bzw. von der Politik der Zentralbanken und Staaten) ab. Wenn alle glauben, dass die Preise für ein solches Spekulationsobjekt ständig steigen, wird die Nachfrage steigen und damit auch die Preise.

- Aber wehe es gibt Zweifel am ständigen Steigen der Nachfrage! Dann bricht der Preis in kurzer Zeit zusammen.
- Was lernen die Akteurinnen also? Man muss den richtigen Zeitpunkt für den Ausstieg erwischen. Am besten steigt man am Höhepunkt aus. Doch, wann genau dieser Höhepunkt erreicht ist, kann niemand genau sagen. (Nun ist es in unserer komplexen Welt meist so, dass es nicht einen Abstieg gibt, sondern einen langfristigen Abstieg mit kleinen Zwischenhochs. – Man kann also auch im Abstieg noch immer verdienen, weil man bei den Zwischenhochs rechtzeitig ein – und aussteigt.)
- Das wirklich Neue ist nun ja, dass seit der letzten Finanzkrise nicht nur private Akteurinnen dieses Spekulationsspiel mitspielen, sondern auch so mächtige Akteurinnen wie die Zentralbanken. Durch die Politik der Zentralbanken geht dieses Spiel seit der letzten Finanzkrise 2008ff schon recht lang. Die Zentralbanken kaufen Aktien und Wertpapiere (zu völlig überhöhten Preisen) und sorgen so für eine ständige Kapitalzufuhr in den Kapitalmarkt.
- Da alle Zentralbanken eine ähnliche Politik machen, ist es derzeit unmöglich, in ein anderes Land auszuweichen.
- Die Folge ist Inflation. Nun zeigt sich die Inflation nicht auf den Gütermärkten. Die ist dort seit Jahren sehr konstant bei 1-2 Prozent. Die Inflation zeigt auf den Finanzmärkten. Die Preise der Aktien und Immobilien steigen seit vielen Jahren. Trotz mäßiger Konjunktur stieg beispielsweise der DAX in den 2010er Jahren um 120 Prozent; alleine im Jahr 2019 um 25 Prozent. Ähnliche Entwicklungen gab es auf den Immobilienmärkten.
- Der Preis ist allerdings: Die Zentralbanken werden sukzessive zu „bad banks“. In ihren Büchern finden sich immer mehr Schrottpapiere. Das geht nur so lange, so lange die Akteurinnen noch an die Potenz der Zentralbanken glauben. Weil Zentralbanken mächtig sind, geht dieses Spiel schon lange ganz gut. Doch irgendwann haben auch die Zentralbanken ihren Kredit verspielt. Sollte die Inflation von den Finanzmärkten in die Gütermärkte fließen (weil auf den Finanzmärkten schwere Irritationen/Impllosionen stattfinden), dann droht große Inflation, sprich: Geldentwertung. Dann wäre es vorbei mit der Macht der Zentralbanken.
- Alle wesentlichen Player wissen, dass sie abhängig geworden sind von den Zentralbanken. Wenn die Zentralbanken ihre Rolle nicht mehr so spielen (können), ist mit einer Implosion auf den Finanz- und in der Folge auf den Realmärkten zu rechnen. (Eine genaue Prognose, wann das sein wird, lässt sich ob der Komplexität des Systems seriöser Weise nicht machen.)

Um abschließend das Bild der Verklausung nochmals aufzugreifen. Die Zentralbanken merken seit der letzten Finanzkrise 2008ff, dass sich wieder Verklausungen zu bilden drohen. Sie reagieren nun - im Gegensatz zu den 1930er Jahren – mit der Politik der Flutung. Sie versuchen, möglichst viel Wasser von anderen Quellen im Oberlauf des Flusses anzuzapfen. Möglichst viel Wasser soll den Bach hinabrinnen. Durch Druck von oben soll die Bildung einer Verklausung verhindert werden. Weil aber an der Ursache für die Verklausung nichts verändert wird, wird irgendwann diese Verklausung eintreten; zumal ja auch die Möglichkeiten der Zentralbank, im Oberlauf immer neue Quellen anzuzapfen irgendwann einmal beendet sein werden. – Wann das sein wird, ist freilich nicht genau zu sagen.

MP, 8/4/20

(erste Fassung vom 17/1/20)